

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 1/2011

Woche der Brüderlichkeit 2011 im Land Brandenburg

14. März 2011



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Der Chor der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig unter der Leitung von Julia Rosin gestaltet die Festveranstaltung im Vortragssaal des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte



Inhalt

07

Psalmgebet

Shlomo Afanasev,
Rabbiner der
Jüdischen Gemeinde
Stadt Potsdam

09

Begrüßung

Gunter Fritsch,
Präsident des Land-
tages Brandenburg

13

Begrüßung

Dr. Hans-Jürgen
Schulze-Eggert,
Evangelischer
Vorsitzender der
Gesellschaft für
Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit
Potsdam

15

Grußwort

Vladimir Genkin,
Vorsitzender der
Jüdischen Gemeinde
Stadt Potsdam

17

Festansprache

Prof. Dr. Karin Weiss,
Integrations-
beauftragte des
Landes Brandenburg

Shlomo Afanasev

Rabbiner der Jüdischen Gemeinde
Stadt Potsdam



Shlomo Afanasev

Meine Damen und Herren!

Es freut mich sehr, heute Abend mit Ihnen allen hier sein zu dürfen. Ich möchte nur ein paar Worte sagen über das Psalmgebet, das ich gleich sprechen werde. Ich habe dafür zwei Psalme ausgewählt und zwar 133 und 134. Diese sind sehr passend zum heutigen Anlass. Im Psalm 133 geht es um die Brüderlichkeit und im

Psalm 134 geht es um unsere anerkennende Macht des Schöpfers - gelobt sei er. Nur durch diese Anerkennung können wir nämlich einander näherkommen, einander hören und zuhören, einander respektieren, weil jeder von uns einen kleinen Teil des Schöpfers in sich hat.

Psalmgebet

פרק קלג

שִׁיר הַמַּעֲלוֹת לְדָוִד הַגֵּה מִהַטּוֹב וּמִהַנְּעִים שְׁבֵת אַחִים
גַּם־יַחַד: בְּשֶׁמֶן הַטּוֹב | עַל־הָרֹאשׁ יָרֵד עַל־הַזָּקֹן וְזָקֵן אַחֲרָיו שִׁירֵד
עַל־פִּי מִדוֹתָיו: בְּטַל־חַרְמוֹן שִׁירֵד עַל־חֲרָרֵי צִיּוֹן בִּי שֵׁם | צַנְהָ יְהוָה
אֶת־הַבְּרָכָה חַיִּים עַד־הָעוֹלָם:

פרק קלד

שִׁיר הַמַּעֲלוֹת הַגֵּה | בִּרְכוּ אֶת־יְהוָה כָּל־עַבְדֵי יְהוָה הַעֹמְדִים
בְּבֵית־יְהוָה בְּלֵילוֹת: שְׂאוּ־יְדֵיכֶם קֹדֶשׁ וּבִרְכוּ אֶת־יְהוָה: יְבָרְכֶךָ יְהוָה
מִצִּיּוֹן עֲשֵׂה שָׁמַיִם וָאָרֶץ:

Da der Psalm 133 besonders für diesen Anlass passt, werde ich das auch auf Deutsch sagen.

„Sehr fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen. Es ist wie der Tau, der von Hermon herabfällt auf die Berge Zions. Denn dort verheißt der Herr den Segen und Leben bis in Ewigkeit.“

Gunter Fritsch

Präsident des Landtages
Brandenburg

Sehr geehrter Herr Präsident des Landesverfassungsgerichtes Postier,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete des Landtages,

sehr geehrter Herr Minister Baaske, sehr geehrter Herr Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Potsdam Schüler,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs,

sehr geehrte Frau Prof. Dr. Weiss, sehr geehrter Herr Dr. Schulze-Eggert, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße auch die Angehörigen der Bundeswehr.

Herr General Glatz ist, glaube ich, noch nicht hier, Oberst Arend als Chef des Landeskommandos habe ich aber bereits gesehen. General von Kirchbach, unseren inzwischen schon langjährigen Weggefährten und Mitstreiter, habe ich begrüßen können. Besuch aus Berlin haben wir unter uns – herzlich willkommen, es freut mich, dass die Verbundenheit auf diese Weise dokumentiert wird.

Meine Damen und Herren, ich begrüße ganz besonders auch Sie alle zur



Gunter Fritsch

Woche der Brüderlichkeit 2011 hier in Potsdam, und sehen Sie es mir nach, wenn ich den einen oder anderen, der es verdient hätte, nicht namentlich erwähnt habe.

Den Präsidenten des Oberlandesgerichts, Herrn Kahl, sehe ich gerade.

Wir haben uns heute Nacht um 2 Uhr in Israel auf den Weg gemacht, nach einem zehntägigen Urlaub wieder nach Brandenburg zu kommen, um heute hier dabei sein zu können. Es war also ein langer Tag und das geht ein bisschen auf die Konzentration.

Ich freue mich dennoch, dieses Jahr den Rabbiner Afanasev hier begrüßen zu können, der für uns das einleitende Psalmgebet gesprochen hat. Wir sind sehr stolz, dass mit Ihnen, Herr Rabbiner Afanasev, ein in Ostdeutschland ordinierter junger Absolvent des Berliner Rabbinerseminars in der Potsdamer Gemeinde als Rabbiner arbeitet. Dies unterstreicht die lebendige Gegenwart und die gute Zukunft des jüdischen Lebens im Lande Brandenburg.

*„Mich stimmt die
kompromisslose und
zuweilen aggressive
Tonlage öffentlicher
Debatten nachdenklich
und besorgt.“*

Begrüßen möchte ich auch die weiteren Vertreter der Religionsgemeinschaften. Darunter den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde der Stadt Potsdam, Herrn Vladimir Genkin und den Propst der katholischen Propsteikirchengemeinde St. Peter und Paul in Potsdam, Herrn Klaus-Günter Müller.

Mein Dank gilt schließlich den Mitgliedern des Chores der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, die uns unter der Leitung von Frau Julia Rosin musikalisch durch den Abend begleiten werden. Seien Sie uns herzlich willkommen! Sie haben ja noch einen langen Abend vor sich und wegen der Rückfahrt habe ich mir sagen lassen: Die Lokführer werden darauf Rücksicht nehmen.

Meine Damen und Herren, die Woche der Brüderlichkeit bietet alljährlich einen Anlass zur gemeinsamen Reflektion und Selbstvergewisserung. Wir fragen nach dem christlich-jüdischen Miteinander im Besonderen und der Verfasstheit unseres Gemeinwesens ganz im Allgemeinen.

Dazu passt in ganz besonderer Weise das Motto dieses Jahres der Woche der Brüderlichkeit: „Aufeinander hören - miteinander leben“.

Und tatsächlich: Für das Gelingen unseres Miteinanders sind zunächst die Kenntnisse und die Bedürfnisse und Anliegen meiner Mitbürger - meiner Mitmenschen - wichtig.

Ohne ihre Interessen, ihre Ziele zu kennen, kann man schwerlich aufeinander zugehen.

Wer nur seine Interessen und seine Ziele verfolgt, ohne die seiner Mitmenschen zur Kenntnis zu nehmen, wird es versäumen, in Notlagen auch einmal an wichtigere, an übergeordnetere Ziele zu denken. Und ich glaube, was der Tsunami in Japan angerichtet hat, macht sehr deutlich, was ich damit meine. Es gibt wichtigeres als Einzelinteressen, es gibt Interessen, die die ganze Menschheit betreffen.

Meine Damen und Herren, wir als Politikerinnen und Politiker machen diese Erfahrungen fast täglich. Nicht selten werden auch mit Unverständnis und lautstarken Protesten Meinungen kundgetan, an uns herangetragen. Und gerade im zurückliegenden Jahr haben die Medien dazu eine neue Spezies Mensch erfunden, nämlich den „Wutbürger“. Nun haben wir aber gelernt, dass wir angehalten sind, korrekt zu zitieren, und deshalb sage ich: Eingeführt in die politische Debatte hat den „Wutbürger“ im „Spiegel“ der Journalist Dirk Kurbjuweit und zwar nicht als Vorwurf an die Politik, sondern als Mahnung an die Mitte der Gesellschaft, in der öffentlichen Debatte auch die innere Mitte in Form von Gelas-

senheit und bürgerschaftlicher Contenance zu wahren.

Tatsächlich stimmt mich die kompromisslose und zuweilen aggressive Tonlage öffentlicher Debatten nachdenklich und besorgt. Wie können wir auf einer solchen Basis zu gegenseitiger Verständigung gelangen? Muss nicht das Sachargument zwangsläufig von der mit Inbrunst vorgetragenen Emotion überlagert bleiben und die Inhalte verlorengehen?

Wer undifferenziert wütet, gibt eigentlich damit zu verstehen, dass ihm an der Suche nach einem Kompromiss, also nach einer Lösung wenig gelegen ist. Wie soll er auch auf die Argumente seiner Mitmenschen dann noch hören können?

Lasst uns aufeinander hören! Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit in der Darstellung und Kritik öffentlicher Belange.

Meine Damen und Herren, auch im interreligiösen Dialog ist die Zivilität ein hohes und immer wieder bedrohtes Gut, das haben uns Jahrhunderte des Hasses schmerzlich bewusst gemacht.

Auf der gestrigen bundesweiten Auftaktveranstaltung zur Woche der Brüderlichkeit 2011 im westfälischen Minden ist daher mit dem deutsch-iranischen Schriftsteller Navid Kermani ein profilierter Verfechter des respektvollen Dialoges zwischen den Religionen mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet worden.

Den Dialog der Kulturen gilt es nämlich nicht nur anzumahnen, sondern auch in der alltäglichen Begegnung miteinander zu leben.

Ich habe daher auch deutlich gemacht und wiederhole es an dieser Stelle, dass ich die jüngst öffentlich geführte Debatte über religiöse Symbole im Gebäude des Landtages für verzichtbar erachte.

„Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit in der Darstellung und Kritik öffentlicher Belange.“

Toleranz bedeutet aus meiner Sicht auch und gerade die Bereitschaft, die eigene Rechtsposition zu Gunsten anderer auch einmal zurückzunehmen. Uns sollte das Unbekannte keinen Anlass geben, Misstrauen zu hegen und zu pflegen, sondern mit Interesse und Neugier Fragen zu stellen. So kann im Idealfall über den mächtigen Katalysator des Gespräches aus dem argwöhnischen Nebeneinander ein nachbarschaftliches, gleichberechtigte Miteinander erwachsen.

Ich habe gerade ein ganz praktisches Beispiel in Israel kennengelernt, in Kibbutz Neve Schalom leben Juden und Araber miteinander, nicht nur nebeneinander, sondern miteinander, ganz alltäglich, und ich weiß, dass das weder auf arabischer noch auf jüdischer Seite auf ungeteilte Zustimmung stößt. Es gibt

„Uns sollte das Unbekannte keinen Anlass geben, Misstrauen zu hegen und zu pflegen, sondern mit Interesse und Neugier Fragen zu stellen.“

immer Vorbehalte: Das kann doch nicht gutgehen, und trotzdem, glaube ich, ist es ein Beispiel, ein Anfang, wie man über alle Grenzen hinweg doch zu einem Miteinander kommen kann. Ich wünschte mir, es gäbe mehr solcher Beispiele.

Ich freue mich deshalb besonders, dass sich Frau Prof. Dr. Karin Weiss bereiterklärt hat, als Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg den heutigen Festvortrag zu halten.

Zunächst aber gebe ich das Wort an den Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Potsdam, Herrn Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert, um uns ebenfalls zu begrüßen.

Schalom.

Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Evangelischer Vorsitzender der
Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit Potsdam

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin,
sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Abgeordnete und Stadtverordnete,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen der Potsdamer Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit und freue mich, dass Sie gekommen sind. Ich begrüße besonders die Integrationsbeauftragte des Landes, Frau Prof. Karin Weiss, die sofort bereit war, den Festvortrag zum Thema „Aufeinander Hören – miteinander leben“ zu übernehmen. Vielen Dank! Ich heiße auch den Chor der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig unter der Leitung von Frau Julia Rosin sehr herzlich willkommen. Es ist etwas ungewöhnlich, dass wir die Musik aus Leipzig geholt haben, aber das Angebot ergab sich eher zufällig und die Leipziger freuen sich, hier auftreten zu dürfen und Potsdam kennenzulernen. Schön, dass Sie da sind.



Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Diese Eröffnungsfeier in diesem Rahmen ist zu einer schönen Tradition geworden dank der schon fast selbstverständlich gewordenen Unterstützung durch unseren Landtagspräsidenten. Nach meiner Kenntnis ist Potsdam die einzige Landeshauptstadt, in der der Landtagspräsident sich so freundlich dafür engagiert und mit zu der Eröffnung einlädt. Dafür danken wir Ihnen herzlich, Herr Fritsch.

Aufeinander hören, wirklich zuhören, sich öffnen und das Gehörte aufnehmen ... ist Brüderlichkeit. Über das Gehörte nachzudenken, es abzuwägen, sich eine Meinung zu bilden und daraus eine Entgegnung zu formulieren ..., ist Brüderlichkeit. Sich so gegenseitig ernst zu nehmen, immer wieder, zuhören, aufnehmen, entgegnen – zuhören, aufnehmen, entgegnen, wechselseitig, immer neu und aufmerksam ... ist gutes Miteinander leben. Ein Miteinander, bei dem ich nicht im Mittelpunkt stehe, sondern wir gemeinsam im Leben stehen und es gut machen wollen, verantwortlich für

uns und unsere Mitmenschen.

Wir alle schaffen das wohl nur ansatzweise. Immerhin, die Streitkultur in Potsdam hat Fortschritte gemacht. Streit ist normal und notwendig, wenn etwas Neues aufgebaut, etwas verändert wird. So, wie die Stadt ihren Bürgern zugehört hat bei der Gestaltung der Potsdamer Mitte, bei der Festlegung von Leitbauten, bei den Stadtgesprächen zu verschiedenen Themen, das war gut von beiden Seiten.

Weniger beispielhaft ist leider das

me davon, dass das Gebäude auch seine Kritiker noch überzeugen wird, wenn es erst einmal steht und wirkt.

Abschließend mache ich darauf aufmerksam, dass sich Rabbiner Afanasev übermorgen, Mittwochabend, um 19.00 Uhr, in den Räumen der jüdischen Gemeinde den interessierten Potsdamern vorstellen wird. Sie finden die Veranstaltung auf der Rückseite Ihrer Einladung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*„Aufeinander hören,
wirklich zuhören, sich
öffnen und das Gehörte
aufnehmen ... ist Brü-
derlichkeit.“*

Miteinander der drei jüdischen Gemeinden. Alle drei sind orthodox und doch offenbar so verschieden oder so wenig bereit, aufeinander zu hören, dass das Miteinander ausbleibt. Ich bedaure das. Es könnte so einfach sein in einer gemeinsam genutzten orthodoxen Synagoge. Ich hoffe sehr, dass die Synagoge ohne Verzug gebaut wird. Sie wird keiner der drei Gemeinden zugeordnet sein, sondern wird allen Juden in Potsdam und Brandenburg offenstehen. Ich wünsche mir, dass der Streit um die Gestaltung der Synagoge beendet wird, denn alles dazu ist gesagt und ich träu-

Vladimir Genkin

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde
der Stadt Potsdam

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Fritsch,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs,
sehr geehrter Herr Minister Baaske,
sehr geehrte Landesintegrationsbeauftragte Frau Prof. Dr. Weiss,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrter Rabbiner Afanasev,
sehr geehrter Herr Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dr. Schulze-Eggert,
sehr geehrte Ehrengäste, Damen und Herren,

im Namen der Jüdischen Gemeinde der Stadt Potsdam begrüße ich Sie sehr herzlich zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit. Die heutige Veranstaltung leistet einen Beitrag zur Toleranz, zum Verständnis und zur Friedfertigkeit zwischen den Menschen, welche unterschiedliche Glauben und Visionen haben. Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hat einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Judentums in Deutschland geleistet. Dies betrifft in vollem Maße auch unsere 20jährige Zusammenarbeit mit christlich-jüdischen Gesellschaften in Potsdam bei der Wiederherstellung der



Vladimir Genkin

Jüdischen Gemeinde in Potsdam.

Gleich nach der Wende 1989 wanderten Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ein, und genau vor 20 Jahren wurde am 21. März 1991 die Jüdische Gemeinde in Potsdam gegründet. Jetzt ist die Gemeinde die größte Gemeinde in der Stadt Potsdam und im Land Brandenburg. Die jüdischen Einwanderer aus den GUS-Staaten bekamen in Deutschland die Möglichkeit, das religiöse und kulturelle Erbe des jüdischen Volkes wieder zu beleben, im Gegensatz zum Auszugsland. Bedauerlicherweise sind diese Möglichkeiten in Potsdam aus Mangel an notwendigen Räumlichkeiten, dem Fehlen einer Synagoge und eines Gemeindezentrums sehr begrenzt. Das Engagement der Jüdischen Gemeinde, der Christlich-Jüdischen Gesellschaft, des Bauvereins Neue Synagoge Potsdam, der Landesregierung und der Stadt Potsdam führte dazu, dass das Grundstück in der Schloßstraße 1 für eine neue Synagoge und ein Gemeindezentrum zur Verfügung gestellt wird.

„Die jüdischen Einwanderer aus den GUS-Staaten bekamen in Deutschland die Möglichkeit, das religiöse und kulturelle Erbe des jüdischen Volkes wieder zu beleben.“

Die Landesregierung fasste den Beschluss, die Planung und den Bau zu finanzieren. Als Ergebnis des europäischen Architektenwettbewerbes wurde von der Firma Haberland-Architekten der Entwurf der Synagoge mit Gemeindezentrum in Potsdam erarbeitet. Der Entwurf bekam alle notwendigen Baugenehmigungen, die Anerkennung des Zentralrates der Juden in Deutschland sowie der Landesregierung und entspricht voll und ganz der Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft. Wir hoffen, dass im Jahre 2012 zum 22. Jahrestag der Jüdischen Gemeinde im historischen Stadtzentrum die erste neugebaute Synagoge mit Gemeindezentrum im Land Brandenburg fertiggestellt wird.

Zum Schluss möchte ich im Namen der Jüdischen Gemeinde der Stadt Potsdam allen, die Hilfe und Unterstützung geleistet haben und mit Rat und Tat an unserer Seite standen, für ihre

echte Brüderlichkeit herzlichen Dank aussprechen. Wir wünschen uns, dass diese Zusammenarbeit auch in Zukunft erhalten bleibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Friede sei mit Ihnen – Schalom.

Prof. Dr. Karin Weiss

Integrationsbeauftragte
des Landes Brandenburg

Sehr geehrter Herr Fritsch,
sehr geehrter Herr Schulze-
Eggert,
sehr geehrter Herr Baaske,
sehr geehrter Herr Postier,
liebe Ehrengäste, sehr geehrte Ehren-
gäste,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe mich sehr gefreut über die Einladung, heute hier sprechen zu können, insbesondere zu diesem Thema, zu diesem Motto: „Aufeinander hören – miteinander leben“. Ich denke, das ist ein zentrales Thema unserer Gesellschaft, was dieses Motto anspricht, nämlich das Thema der Integration, des gleichberechtigten partnerschaftlichen Miteinanders, wie es Herr Fritsch vorhin genannt hat. Es geht darum, wie können wir alle - Bürgerinnen und Bürger - in diesem Land hier gemeinsam leben, gleich welcher Herkunft, gleich welcher Religion. Ein sehr gutes Motto, das, denkt man etwas darüber nach, nichts anderes heißt, als dass nur die Kommunikation miteinander die Grundlage sein kann für ein gemeinsames Miteinander leben. Ohne Kommunikation kann es kein gemeinsames Leben im Alltag geben und auch nicht in einem Gemeinwesen. Aber



Prof. Dr. Karin Weiss

Kommunikation muss auch Konsequenzen im Handeln haben, und sie darf sich nicht nur auf den Alltag beschränken. Kommunikation meint auch die gesellschaftliche Kommunikation, wie begegnen wir als Gemeinschaft, als Staat, dem anderen, und Kommunikation kann nur leben durch gemeinsames Handeln.

Lange definierte sich Integrationspolitik in Brandenburg – wie auch in allen anderen ostdeutschen Ländern sehr stark über die Politik gegen Rechtsextremismus und über Bildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus und gegen Antisemitismus. Das war und ist wichtig und richtig, und wir haben schon viel erreicht, davon bin ich überzeugt, und es darf keinesfalls hier nachgelassen werden. Das ist mir sehr wichtig, das noch einmal ausdrücklich zu betonen. Aber: das Aufstehen gegen Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus macht nicht automatisch interkulturell offen, schafft nicht automatisch interkulturelle oder interreligiöse Kompetenz

und führt schon gar nicht automatisch zu einem wirklichen gemeinsamen Handeln mit allen, die hier leben.

Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind nicht gleichzusetzen mit Integrationspolitik. Sie sind *ein* Baustein davon, ein sehr wichtiger Baustein, können aber Integrationspolitik – als Querschnittsaufgabe quer durch alle Politikbereiche – keinesfalls ersetzen. Und sie können schon gar nicht das partnerschaftliche Miteinander, das wirklich gleichberechtigte Miteinander im Alltag ersetzen. Integrationspolitik ist eine Gesellschafts- und Sozialpolitik, die das gemeinsame Miteinander gestalten soll und keine Minderheitenpolitik, keine Sonderpolitik. Mal abgesehen davon, dass Zugewanderte in Deutschland längst keine „kleine Minderheit“ mehr sind. „Die Behandlung des Themas Integration als Sonderthema“, so hat Rita Süßmuth vor kurzem gesagt, „ist ein Irrweg.“¹

Bundesweit ebenso auch wie in Brandenburg gibt es einen öffentlichen Integrationsdiskurs, der sehr ambivalent ist. Haben wir anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2010 die Integration in Deutschland begeistert gefeiert als besonders gelungen, war nur wenige Wochen später alles schon wieder vorbei.

Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ hat eine Integrationsdebatte angestoßen, wie sie es vorher in dieser Schärfe nicht gegeben hat.

„Integrationspolitik ist eine Gesellschafts- und Sozialpolitik, die das gemeinsame Miteinander gestalten soll und keine Minderheitenpolitik.“

Die Sarrazin-Debatte hat gezeigt, wie wenig die Integration von Zugewanderten, das wirkliche Miteinander von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen Religionen, heute in Deutschland tatsächlicher gesellschaftlicher Konsens ist, und dies auch „in der Mitte der Gesellschaft“, und nicht nur an ihrem Rand. Vor allem aber hat die Sarrazin-Debatte gezeigt, wie wenig Konsens über das besteht, was wir eigentlich unter „Integration“ verstehen. Wir haben heute keine allgemein akzeptierte und konsensfähige Definition dessen, was Integration meint, was es bedeutet, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und was es bedeutet, wenn heute fast 20 %, also jeder fünfte der Gesamtbevölkerung Deutschlands, einen so genannten Migrationshintergrund hat und unter der jungen Generation bis 25 schon mehr als jeder Vierte² - keine Minderheit. Hier haben

¹ 14.1.11, Kommentar auf der 2nd German-Belgian Conference „Strengthening the Integration Nexus“, Berlin.

² Angaben nach Mikrozensus 2009

wir viel zu lange, und ich denke, das ist das positive Ergebnis der Sarrazin-Debatte, eine wirklich öffentliche und wirklich tiefgehende Debatte nicht geführt, und wir lernen jetzt, dass wir sie dringend führen müssen. Das gilt natürlich auch für Brandenburg, vielleicht sogar besonders für Brandenburg. Es hilft wenig zu sagen, wir haben so wenige Zugewanderte, da brauchen wir hier die Diskussion um Integration hier nicht führen. Die heutigen jungen Brandenburger werden, wenn sie groß sind, wenn sie erwachsen sind, in einer veränderten Welt leben, in einer interkulturellen Welt, und sie werden sich in einer interkulturellen Welt zurechtfinden müssen, ob wir das wollen oder ob wir das nicht wollen.

Wenn in naher Zukunft von den erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern dieses Staates jeder Vierte einen Migrationshintergrund hat, dann verändert sich die Gesellschaft. Und wir können und sollten aktiv diese Veränderung annehmen und mitgestalten. Die deutsche Lebensrealität, wie sie sich ganz nah von hier in Berlin sehr deutlich zeigt, wirkt sich natürlich auch auf Brandenburg aus. Wir können nicht länger so tun, als ob uns das eigentlich alles überhaupt nichts angeht.

Die Wahrnehmung der Deutschen von den Zugewanderten ist nach wie vor problematisch, defizitorientiert und häufig negativ. Auch wenn alle seriösen wissenschaftlichen Studien zeigen, dass bei der überwiegenden Mehrheit der Zugewanderten, trotz ganz sicher existierender Probleme, die wir dringend lösen müssen - das möchte ich ganz ausdrücklich betonen - aber insgesamt die

„Wir haben heute keine allgemein akzeptierte und konsensfähige Definition dessen, was Integration meint, was es bedeutet, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.“

Integration auch im Vergleich zu unseren Nachbarländern gut gelingt. Die öffentlichen Wahrnehmung ist eine andere. Der Begriff „Migrant“ ist ein Negativbegriff in unserer Sprache. Migranten, so hat es mir auch mal jemand wortwörtlich gesagt, das sind die, die Probleme machen, nicht die, die auch vieles zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Und selbst in Brandenburg, wo die zugewanderte Bevölkerung zum Beispiel über ein höheres Bildungsniveau verfügt als die einheimische Bevölkerung, herrscht dieses Bild, auch hier wird Zuwanderung fast immer mit Problemen und Defiziten gleichgesetzt.

Eine Gruppe wird dabei besonders angegriffen, nämlich „die“ Muslime. Dabei gibt es „die“ Muslime genauso wenig wie es „die“ Christen und selbstverständlich auch nicht „den“ Juden“. Selbstverständlich ist es doch für jeden von uns, gerade hier in Brandenburg, dass man das Recht für sich in

Anspruch nimmt, selber zu entscheiden, ob jemand in unserem sicherlich historisch überwiegend christlich geprägten Land sich selbst als Christ versteht oder nicht, dagegen wird aber jeder Zugewanderte im Moment in unserer Debatte, der aus einem muslimisch geprägten Land stammt, automatisch als Muslim angesehen, ganz egal, wie er sich selbst definiert. Er wird da oft noch nicht einmal gefragt. Jemand, der in Algerien geboren ist, wird einfach, so habe ich es selber erlebt, als Experte für Muslime gesehen, auch wenn er sich selber nie weiter mit dem Islam oder auch mit der Lebenssituation von Muslimen in Deutschland befasst hat. Der Geburtsort alleine reicht für die Zuschreibung.

In der problematischen Haltung oder in der Angst vor dem Islam, vielleicht kann man das so formulieren, be-rufen sich einige in Deutschland auf das christlich-jüdische Erbe, auf die christliche-jüdische gemeinsame Tradition - dies nur gut 70 Jahre nach dem Holocaust, der in meinen Augen sehr deutlich und schlimmer als alles andere belegte, wie brüchig dieses Erbe in nur kürzester Zeit geworden ist und wie wenig tragfähig es sich damals erwiesen hat. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat – aus gutem Grund in meinen Augen – öffentlich dagegen protestiert, dass sich die Bundesregierung im Schulterchluss gegen den Islam auf dieses gemeinsame Erbe berufen hat.

Sarrazin's Buch hat gezeigt, dass Deutschland längst nicht zu sich selbst gefunden hat hinsichtlich seiner Zuwanderung, dass von wirklicher Akzeptanz keine Rede sein kann und dass wir noch

keine gemeinsame Definition von einem Deutschland gefunden haben, in dem es selbstverständlich ist, dass auch Zugewanderte hier ihre Heimat finden können und sich hier wirklich angenommen, akzeptiert und heimisch fühlen dürfen.

„Wir brauchen eine gemeinsame Definition von Deutschland und dem Deutschsein, die Zugewanderten... die Chance gibt, dazuzugehören.“

Ich denke, auch die Äußerungen unseres neuen Bundesinnenministers auf seiner ersten Pressekonferenz haben einmal mehr gezeigt, wie schwierig das Verhältnis immer noch ist. Wir brauchen eine gemeinsame Definition von Deutschland und dem Deutschsein, die Zugewanderten – und zwar aller Religionen genauso auch wie die Zugewanderten, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, die Chance gibt, dazuzugehören. Man kann sich nur wirklich in eine Gesellschaft integrieren, die sich auch für Integration öffnet, die bereit ist, sich so zu verändern, dass Zugewanderte in dieser Gesellschaft ihren gleichberechtigten Platz finden können. Eine solche gemeinsame Definition fordert Veränderungen, ohne Veränderungen auch

der deutschen Gesellschaft kann es nicht gehen. Aber Veränderungen machen natürlich Angst, bringen zunächst erst einmal Verunsicherung, aber ohne Veränderung kann es keine Zukunft geben. Eine Gesellschaft, die sich nicht verändert, hat keine Zukunft. Sie kennen alle sicher Brechts Geschichte von Herrn Keuner, die da geht: „Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: ‚Sie haben sich gar nicht verändert. Oh!, sagte Herr K. und erlebte.‘“³ Ich finde es sehr symbolisch auch für unsere heutige Situation.

„Demokratische Grundrechte dürfen keine Frage der ethnischen Herkunft sein.“

Wir müssen weg von einer nach wie vor ethnisch geprägten nationalen Identität, hin zu einer nationalen Identität, die nicht an der – ethnischen oder religiösen – Abstammung ansetzt. Dies ist ganz sicher keine neue Leitkulturdebatte, ganz im Gegenteil. Aber es ist eine Debatte, die wir in meinen Augen führen müssen, die die Frage stellt nach dem Gemeinsamen in der Zuwanderungsgesellschaft, nach der gemeinsamen Basis dieser Gesellschaft, nach dem, was alle

– Zugewanderte wie Einheimische – miteinander verbindet. Was die Grundlagen dieses Miteinanders sind, die Grundwerte, auf denen das Zusammenleben geregelt werden muss, das Verbindliche für alle, das auch notfalls durchgesetzt werden muss, und auf der anderen Seite aber auch das, was in einer pluralistischen Gesellschaft nach individuellem Gutdünken gelebt werden kann und darf.

Eine gemeinsame Identität in einer Zuwanderungsgesellschaft kann keine ethnische Identität sein, sie kann und muss auf gemeinsamen Werten beruhen – und die können, denke ich, für uns basierend auf der Aufklärung nur demokratische Werte sein – aber diese Werte müssen verbindlich für alle sein, für Zugewanderte genauso wie auch für die Einheimischen. Demokratische Grundrechte dürfen keine Frage der ethnischen Herkunft sein; die Gleichberechtigung der Frauen, das Selbstbestimmungsrecht jeder Frau, die Trennung von Staat und Religion genauso wenig wie auch das Recht auf freie Religionsausübung, und das schließt den Bau von Moscheen mit ein, das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung oder das Recht auf Schutz vor Benachteiligung und Diskriminierung. Das Grundgesetz gilt für alle, alle haben sich daran zu halten, Zugewanderte genauso wie auch die, die schon seit vielen Generationen hier leben. Auch für die gelten die Grundrechte mit allen sich daraus ergebenden Pflichten, genauso wie für die Zugewanderten. Aber um das zu erreichen, müssen wir miteinander reden, miteinander kommunizieren, und zwar gleichberechtigt, uns wirklich mit-

³ Bertolt Brecht: Das Wiedersehen, Gesammelte Werke Band 12, 383; Werksausgabe edition suhrkamp 1967

„Die Frage nach einer neuen, nicht ethnisch definierten nationalen Identität Deutschlands, das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.“

einander befassen und uns gegenseitig wirklich aufeinander einlassen und nicht nur während Festakten oder Festveranstaltungen oder kulturellen Events. Demokratische Grundrechte kann ich nicht per Dekret von oben in die Köpfe der Menschen bringen, das wissen wir eigentlich sehr genau aus unserer langjährigen Erfahrung in der Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Der Göttinger Hochschullehrer Bassam Tibi hat schon vor vielen Jahren geklagt: Auch mit seiner deutschen Staatsangehörigkeit würde er noch lange nicht als Deutscher akzeptiert. Er könne deutscher Bürger werden, aber nicht Deutscher. Die Frage nach einer neuen, nicht ethnisch definierten nationalen Identität Deutschlands, das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Das ist keine einfache Debatte, kein Nachmittags-Spaziergang, ganz im Gegenteil. Die Frage nach der nationalen Identität fordert eine tiefe und wirkliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und unserer gemeinsamen

deutschen Zukunft. Beides ist nicht einfach. Aber wir haben dafür eine ganz hervorragende Basis, nämlich unser Grundgesetz, aber wir sollten es ernst nehmen und auch mal selber immer wieder lesen, was dort alles drinsteht, und wir sollten es in Handeln umsetzen.

Reden und Handeln sind leider oft nicht deckungsgleich. Nicht über Migranten reden, heißt es zum Beispiel heute überall, sondern mit ihnen. Dieses Leitbild ist sozusagen etwas wie das Credo der heutigen Integrationspolitik. Aber ist es auch verwirklicht? Sind Migrantinnen und Migranten wirklich gleichberechtigte Dialogpartner in unserer Gesellschaft? Nur ein einziges kleines Beispiel: Frauenorganisationen setzen sich politisch immer wieder für die Rechte von Migrantinnen ein, und das ist auch gut so und wichtig. Aber dennoch kommt eine gerade eben erschienene Studie des Bundesfamilienministeriums über Frauenorganisationen von Migrantinnen zu dem Schluss, dass es diesen bisher nicht gelungen sei, „in die Mitte der gesellschaftlichen Institutionen vorzudringen und von diesen als Kooperationspartner auf Augenhöhe anerkannt zu werden.“ Und weiter heißt es in diesem Bericht, und ich zitiere: „Gleichzeitig wird in Frauenverbänden und –netzwerken die Diskussion um die eigene interkulturelle Öffnung nicht geführt.“⁴ Mehr miteinander Handeln, weniger übereinander reden, das würde uns weiterbringen und auch einen wichtigen Schritt bedeuten hin zu einer gemeinsamen deutschen Identität.

⁴ BMFSFJ Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland, 2011, 35

An der Frage der nationalen deutschen Identität – und der Notwendigkeit –, eine neue gemeinsame Identität zu entwickeln, setzt auch der Schriftsteller Senocak an. In einer Leseprobe seines bisher noch unveröffentlichten Werks „Deutschsein – eine Aufklärungsschrift“⁵ beschreibt er die „Brüchigkeit“ der eigenen Identität Deutschlands, eine Identität, die sich nach dem Holocaust und der deutschen Vereinigung noch nicht neu gefunden hat, und deswegen angesichts der Integrationsdebatte auf ein homogenisierendes ethnisches Bild zurückgreift. Der nationale Reflex, so Senocak, formuliert immer ein „Wir“, das so erst einmal als „Wir“ dem „Anderen“, dem „Fremden“ gegenübersteht, und damit einen Gegensatz festmauert. Integration kann nur gelingen, wenn wir aus diesem „Wir“ ein „Wir alle zusammen“ machen und dieses „Wir“ sich dem anderen öffnet. „Das kann nur gelingen“, so Senocak, „wenn zivilisatorische Errungenschaften nicht national oder kulturell definiert werden, sondern allgemeinmenschlich, kulturübergreifend, transnational.“ (37), und ich zitiere weiter: „Die Aufklärung, das Grundgesetz, die Demokratie, die pluralistische Gesellschaft aber haben einen universellen Anspruch, der sich auf ein Wertesystem bezieht, das jedem offensteht, unabhängig von seiner ethnischen, religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit.“ (35) „Sollte Deutschsein nicht durch Abstammung definiert werden, brauchen wir ein anderes Selbstverständnis, das Differenzen als identitätsstiftend emp-

findet und nicht als Spaltung. Von einer solchen pluralistischen Grundierung ist aber das deutsche Selbstverständnis weit entfernt.“ (32)

In der Debatte schätzen wir den Pluralismus unserer Gesellschaft, er ist uns lieb und teuer und wichtig. Wir wollen weltoffen sein und tolerant, eine Willkommenskultur entwickeln. Im Moment der Arbeitnehmerfreizügigkeit reden wir wieder viel von Willkommenskultur und das ist auch gut so. Aber was genau meinen wir damit? Informationen, Erklärungen, Leitbilder, Veranstaltungen, Festreden, all dies ist wichtig und richtig und zeigt zumindest, wo wir hin müssen. Aber ist es auch ausreichend? Senocak hat hier durchaus Zweifel. Er sagt: „Der Fremde bleibt in Deutschland fremd, solange er nicht seiner eigenen Herkunft abschwört. Das ist die Regel. Die Willkommenskultur, von der in letzter Zeit immer wieder die Rede ist, hat keine emotionale Basis. Es ist ein Wort, manchmal eine Geste, aber es ist nicht ein selbstverständlicher Teil der Kultur? Mit Appellen lässt sich eine solche Kultur nicht aufbauen. ... Man möchte weltoffen sein in diesem Land, nicht weil man eine offene Grundhaltung hat. Die Weltoffenheit wird als Schutz vor der eigenen Geschichte verstanden. Vor der eigenen Geschichte aber kann man sich nicht schützen.“ (31)

„Wenn es um die Zukunft geht, findet immer ein Gespräch zwischen Geschichte und Gegenwart statt.“, formulierte Senocak auch am gestrigen Sonntag in einer Zeitung⁶. Aber genau

⁵ Erscheint im März 2011 in der Edition Körber Stiftung, zitiert nach der Leseprobe des Verlags

⁶ Zafer Senocak: Wo bleibt der deutsche Traum? Tagesspiegel 2015 vom 13.3.11, Seite 8

„Lassen Sie uns anfangen, gemeinsam nicht mehr über unsere Ausrottung zu grübeln, sondern über unsere Zukunft zu reden.“

mit dieser Debatte um die eigene Geschichte, aber vor allem mit der Debatte um die eigene Zukunft, die sich aus dieser Geschichte heraus entwickelt und entwickeln wird, haben wir Deutschen ein Problem. Wir haben ein kleines Problem, auch wenn es uns eigentlich gutgeht, sehen wir gerne schwarz. Angesichts mehr als 1,2 Millionen verkaufter Bücher Sarrazins innerhalb nur weniger Monate – übrigens ein einsamer Rekord auf dem deutschen Büchermarkt – stellte Timothy Garton Ash in der New York Review of Books (24.02.11) fest: „Wie ein neurotischer Student feiert das vereinigte Deutschland seinen zwanzigsten Geburtstag dadurch, dass es über seine eigene Ausrottung grübelt“...

Lassen Sie uns anfangen, gemeinsam nicht mehr über unsere Ausrottung zu grübeln, sondern über unsere Zukunft zu reden, über eine gemeinsame Zukunft in einem offenen, einem pluralen Deutschland, in einem Deutschland gleicher Menschenrechte und gelebter Grundgesetze. - Vielen Dank.



Herausgeber: Landtag Brandenburg,
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Satz und Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Landtag Brandenburg

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de